

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

28. September – 4. Oktober 2024

Bei einem Besuch in Berlin im Rahmen des Berlin Global Dialogue am 2. Oktober erklärte Präsident Emmanuel Macron, dass die Europäische Union ihr Wachstumsmodell überdenken müsse, da sie sonst angesichts der Konkurrenz aus den USA und China „in drei oder vier Jahren eliminiert“ werden könnte. Gleichzeitig räumte Emmanuel Macron ein, dass es zwischen Paris und Berlin bei einigen Themen weiterhin Meinungsverschiedenheiten gebe, insbesondere bei der Erhöhung der Zölle auf chinesische Elektrofahrzeuge und beim Handelsabkommen zwischen der EU und Mercosur. Emmanuel Macron betonte, dass er sich in Zukunft stärker auf der europäischen statt der nationalen Bühne Frankreichs engagieren wird. Bei der Konferenz traf Emmanuel Macron auch auf den CDU-Kanzlerkandidaten Friedrich Merz.

Premierminister Michel Barnier gab am 1. Oktober eine rund eineinhalbstündige, sogenannte „allgemeine politische Erklärung“ vor der Nationalversammlung ab und stellte damit das Regierungsprogramm vor. Wie der Premierminister bereits am 30. September mitteilte, stellte er sich keiner Vertrauensabstimmung. Er folgte damit dem Beispiel der ehemaligen Premierminister Elisabeth Borne und Gabriel Attal, die sich ebenfalls mit dem Fehlen einer absoluten Mehrheit konfrontiert sahen. Barnier definierte die Themen Kaufkraft, öffentliche Dienstleistungen, Schule, Gesundheit, Sicherheit und Einwanderung als zentrale Baustellen für seine Regierung. Er kündigte insbesondere zeitlich begrenzte Steuererhöhungen für Wohlhabende an; mit dem Ziel, das Defizit bis 2025 auf 5 % des BIP zu senken. Vorgesehen ist auch eine vorgezogene Erhöhung des Mindestlohns (smic) um 2 % am 1. November. Die französischen Gewerkschaften begrüßten die angekündigte Wiederaufnahme des Dialogs über die Rentenreform. Der Fraktionsvorsitzende der Partei Renaissance, Gabriel Attal, zeigte sich erleichtert, dass Barnier eine Zurücknahme der „Ehe für alle“ sowie der gesetzlichen Bestimmungen zur künstlichen Befruchtung ausschloss. Regierung und Nationalversammlung wollen nun auch den Dialog zur Einführung des Verhältniswahlrechts aufnehmen.

Nach der Ankündigung Israels, erste „gezielte“ Bodenoperationen im Südlibanon vorzunehmen, berief Staatspräsident Emmanuel Macron am 1. Oktober einen nationalen Verteidigungs- und Sicherheitsrat ein. Die Regierungssprecherin Maud Brégeon erinnerte an die von Frankreich befürwortete „diplomatische Lösung“ und vorgenommenen Maßnahmen, um französische Staatsbürger gegebenenfalls zu evakuieren. Ein Schiff der französischen Marine war am 30. September von Südostfrankreich aus in See gestochen, um sich vor der Küste des Libanon als „Vorsichtsmaßnahme“ zu positionieren, falls die rund 23.000 französischen Staatsbürger evakuiert werden müssen, so der Generalstab des Heeres. Außenminister Jean-Noël Barrot reiste am 30. September in den Nahen Osten, um sich für eine diplomatische Lösung des Konflikts einzusetzen.

Am 2. Oktober wurde das von der linkspopulistischen *La France Insoumise* eingebrachte Verfahren zur Amtsenthebung von Emmanuel Macron im Rechtsausschuss der Nationalversammlung zurückgewiesen. Das Amtsenthebungsverfahren könnte nun dennoch der Nationalversammlung zur Debatte vorgelegt werden, sollte die Konferenz der Präsidenten beschließen, es auf die Tagesordnung zu setzen. Angesichts der Zusammensetzung des Vorstands gilt dieses Szenario jedoch als eher unwahrscheinlich. Eine Durchsetzung des Verfahrens ist derzeit ausgeschlossen: Das Lager des Präsidenten, *Les Républicains*, Sozialisten und das rechtspopulistische *Rassemblement National* haben bereits im Vorfeld angekündigt, gegen die Amtsenthebung stimmen zu wollen.

Die Gewerkschaft CGT hatte für den 1. Oktober 190 Demonstrationen angekündigt, aber insgesamt war die Mobilisierung gegen die Rentenreform und für höhere Löhne eher schwach besucht. Laut Zahlen des französischen Innenministeriums gingen rund 95.000 Menschen, davon 11.000 in Paris, auf die Straße. Die CGT zählte ihrerseits 170.000 Demonstranten im ganzen Land.

Vor einem Pariser Strafgericht hat der Prozess gegen Marine Le Pen und weitere französische Vertreter des *Rassemblement National* in der Affäre um mögliche Scheinbeschäftigung von Mitarbeitenden im Europaparlament begonnen. Den insgesamt 28 Angeklagten wird Veruntreuung öffentlicher Gelder vorgeworfen. Sollte es zu Schuldsprüchen kommen, drohen den Angeklagten Geldstrafen sowie Haftstrafen von bis zu zehn Jahren, was eine Kandidatur von Marine Le Pen bei der Präsidentschaftswahl 2027 ausbremsen könnte.

Wird die Allianz der Linksparteien, Neue Volksfront, bis zu den Präsidentschaftswahlen 2027 halten? In einem Interview plädierte der Erste Sekretär der Sozialisten Partei (PS), Olivier Faure, für „einen gemeinsamen Kandidaten von PS, LFI und den Grünen“. Der einzige Name, den der Sozialist direkt ausschloss, war der von Jean-Luc Mélenchon. Faure betonte, dass die NFP eine Persönlichkeit präsentieren will, die „alle Sensibilitäten der ökologischen und sozialen Linken vereint“. Jean-Luc Mélenchon habe „alles getan, um nicht dieser Kandidat zu sein.“

Die während der Olympischen Spiele erprobte sogenannte „algorithmische“ Videoüberwachung, d. h. die Überwachung mithilfe intelligenter Kameras, soll frankreichweit eingesetzt werden. Die Technologie, die sich auf bereits im öffentlichen Raum installierten Videoüberwachungskameras stützt, kann Feuer, gefährliche Gegenstände, Waffen, hohe Personendichte oder falschfahrende Fahrzeuge erkennen. Eine Gesichtserkennung ist hingegen nicht möglich.



PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN

Mit seiner Äußerung, dass „der Rechtsstaat weder unantastbar noch heilig“ sei, hat Innenminister Bruno Retailleau für Entrüstung bei den linken Parteien, aber auch bei einem Teil des Präsidentenlagers gesorgt. Retailleau äußerte sich in Bezug auf die Ausweisung von illegal eingewanderten Straftätern. Nun ruderte Retailleau in einer Mitteilung zurück. „Das Thema des Schutzes und der Sicherheit der Franzosen ist zu ernst, um durch falsche Debatten instrumentalisiert zu werden“, entschärfte er und wiederholte gleichzeitig seine Feststellung: ‚Heute schützt das Recht die Franzosen nicht ausreichend‘. Er betonte erneut seine Reformambitionen: „Wenn die geltenden Texte nicht mehr alle Rechte garantieren - angefangen mit dem Recht auf Schutz, müssen sie sich unter voller Achtung der Institutionen unserer Republik weiterentwickeln.“

3	4	7
0	8	6
5	2	5
7	3	1
8	9	2
9	2	0
		1

DIE ZAHL DER WOCHE

11,07%

Der französische Neuwagenmarkt verzeichnete im September den fünften Monat in Folge einen Rückgang, wobei die nationalen Hersteller Stellantis und Renault besonders stark zurückfielen. Nach einem deutlichen Einbruch im August sank die Zahl der Neuzulassungen im Vergleich zum September 2023 um 11,07%.